

Piraten auf Level 3

Zu Erfolg und Perspektiven der Piraten-Partei Deutschland im Herbst 2011¹

1. Aufstieg zu einem ernsthaften Konkurrenten im Parteienwettbewerb	2
2. Zur kulturellen Identität der Piraten und der kulturellen Gemeinschaft mit ihrer Wählerschaft	3
3. Die Berliner Wählerschaft der Piraten 2011	4
4. Zu den politischen Konfliktfeldern der Piraten	7
Demokratie	7
Bürgerrechte	8
Freie Wissensordnung – eine neue gesellschaftspolitische Utopie?	9
5. Der Gemeinschaftsgedanke als Drehtür in die „reale“ Welt?	10
6. Fallstricke des Parlamentarismus und die Chancen politischer Vielfalt.....	11

Über den Erfolg und die Aussichten der Piraten-Partei in Deutschland zu schreiben, ist eine gefährliche Angelegenheit. Denn sie sind, das haben Freibeuter so an sich, schwer zu fassen, ein noch sehr liquides Phänomen. Nicht ausgeschlossen, dass sie in den nächsten Bundestag einziehen, aber ebenso wenig ausgeschlossen, dass ihr großer Wahlerfolg in Berlin ein außerordentliches Ereignis bleibt und sie in kein weiteres Parlament einziehen. Der Wahlerfolg in Berlin verdankt sich einer scheinbar sprunghaften Ausweitung der Wählerschaft in der Gruppe der Arbeiter und Angestellten zwischen 30 und 40 Jahren. Ob diese Wählergruppen gehalten werden können, hängt nicht zuletzt davon ab, ob für sie netzpolitische und beteiligungsorientierte Themen wahlentscheidend bleiben oder etwa unter dem Eindruck sich verschlechternder wirtschaftlicher Bedingungen und sich verschärfender Verteilungskämpfe Themen den Ausschlag geben werden, die man bei anderen Parteien besser aufgehoben sieht. Mit Blick auf die „Stammwählerschaft“, sofern bei einer jungen Partei davon gesprochen werden kann, wird es darauf ankommen, ob die Piraten im Parlament den Widerspruch zwischen technikorientiertem Denken, authentischer Onlinekommunikation und beteiligungsorientierter Transparenz einerseits und den institutionellen Regeln des parlamentarisch-medialen Systems des etablierten Politikbetriebes andererseits als Antriebskraft für die weitere Entwicklung nutzen können. Drittens werden die Piraten sich auf neue Weise den Reaktionen ihrer politischen Konkurrenten ausgesetzt sehen und erwehren müssen - kaum vorstellbar, dass es ihnen noch einmal so leicht wie in Berlin gemacht werden wird.²

Während sich der Aufstieg der Piraten und ihr Verhältnis zu anderen Parteien an Wahlergebnissen und in Wahlbefragungen fassen lassen, fällt dies bei der Analyse des Identitätskerns und der zentralen Konfliktfelder schon nicht mehr ganz so leicht. Im letzten Teil, der sich mit den Aussichten der

¹ In diesen Text sind zahlreiche Anregungen aus Diskussionen im Bereich Strategie und Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE eingeflossen, insbesondere Arbeitstexten von Konstanze Kriese und Sascha Rexrodt (Praktikant).

² In Berlin verstärkten Klaus Wowereit und Renate Künast die Attraktivität der Piraten durch ihr beleidigt-trotziges Reagieren auf deren steigende Umfragewerte. „Seit Klaus Wowereit die Piraten mit seiner Warnung vor ihnen adelte, gibt es kaum noch ein Halten.“ Vermutet wurde, dass Wowereit die Piraten aus dem Parlament halten wollte, um „seine bequeme Koalition mit der Linken“ fortsetzen zu können. „Die Unglaubwürdigkeit der Warnung bestärkt die Glaubwürdigkeit der Gefürchteten.“ Renate Künast verstieg sich sogar zur Wählerbeleidigung mit dem Satz, die Wähler der Piraten müssten – von den Grünen – „resozialisiert“ werden. Lorenz Maroldt, Fünf Gründe für den Erfolg der Piraten, Der Tagesspiegel, 15.09.2011.

Piraten beschäftigt, wird die Frage gestellt, ob der programmatisch-kulturelle Kern der Piraten die Chance bietet, sich so zu entfalten, dass eine weitere Ausweitung der Wählerschaft und ihre Stabilisierung überhaupt möglich ist.

1. Aufstieg zu einem ernsthaften Konkurrenten im Parteienwettbewerb

In der politikwissenschaftlichen Parteienforschung werden in unterschiedlichen theoretischen Modellen Entwicklungsphasen einer Partei unterschieden. Mit Oskar Niedermayer, FU-Berlin, lässt sich der Erfolg einer neuen Partei im Parteiensystem in fünf „Karrierestufen“ ablesen³:

- (1) Wahlteilnahme = formelle Zuerkennung der Parteieigenschaft durch die Zulassung zu einer Landtags- oder Bundestagswahl;
- (2) Wettbewerbsbeeinflussung = die bloße Existenz oder Aktivitäten der Partei führen zu Reaktionen anderer Parteien, sie hat strategische Relevanz für konkurrierende Parteien;
- (3) Parlamentarische Repräsentation = Einzug in ein Parlament, Unterstützung durch einen relevanten Teil der Wählerschaft;
- (4) Koalitionsstrategische Inklusion = mit der Partei können rein rechnerisch Koalitionsmehrheiten gebildet werden, sie wird in Überlegungen zur Regierungsbildung einbezogen;
- (5) Regierungsbeteiligung = Partei wird Regierungspartei.

Die Piratenpartei Deutschland – Piraten – wurde am 10. September 2006 in Berlin formell gegründet. Vorbild war die im Januar 2006 in Schweden gegründete *Piratpartiet*. Sie verstand und versteht sich „als Teil einer internationalen Bewegung zur Mitgestaltung des von ihr mit dem Terminus der „digitalen Revolution“ umschriebenen Wandels zur Informationsgesellschaft“⁴. Im Januar 2008 beteiligte sie sich erstmals an einer Landtagswahl (Hessen) (Stufe 1). Bei der Europawahl 2009 tauchte erstmals die – durch Umfragen nicht gedeckte – Spekulation auf, ob sie ein Einzug ins EP schaffen könnte, bei der Bundestagswahl im September wurde über die Piraten als vermutlich größte „sonstige“ Partei gesprochen, deren im Parlament nicht vertretener Stimmenanteil indirekte Auswirkungen auf Mehrheiten haben könnten (Eintritt in die Stufe 2). Die Piraten erreichten 2,0 Prozent der gültigen Stimmen. Bei den 18-24jährigen erreichte sie bereits für den Bundestag 2009 einen Anteil von 9% (Frauen 5%, Männer: 12%), auch bei den 25-34jährigen Männern lag sie mit 6% über der Sperrklausel.

Tab. 1: Wahlergebniss der Piraten (Zweitsimmen)

2008 bis 2009	LTW HE 2008	LTW HH 2008	LTW HE 2009	EP 2009	LTW SN 2009	LTW SH 2009	BTW 2009
	0,3	0,2	0,5	0,9	1,9	1,8	2,0
2010 bis 2011	LTW NRW 2010	LTW HH 2011	LTW ST 2011	LTW RLP 2011	LTW BW 2011	LT HB 2011	LTW MV 2011
	1,6	2,1	1,4	1,6	2,1	1,9	1,9
2011 bis	AH BE 2011						
	8,9						

In Niedersachsen und Bayern scheiterte 2008 eine Wahlbeteiligung an einer zu geringen Zahl Unterstützungsunterschriften –hkahrs2011

Die nationalen Wahlkämpfe 2009 brachten einen drastischen Anstieg der Mitgliederzahlen, von um die 1.000 im Frühjahr 2009 auf knapp 12.000 Ende 2009.⁵ Bis zur Berlin-Wahl stagnierte die Mitglie-

³ Oskar Niedermayer, Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/2010, S. 838-854, 840.

⁴ Niedermayer, a.a.O., S. 842

⁵ Mitgliederzahlen nach Niedermayer, a.a.O., S. 846.

derzahl, seit dem steigt sie erneut an. Tatsächlich waren die Piraten nach der Bundestagswahl „ins Nirwana unbedeutender Kleinparteien zurückgefallen“⁶.

Bei den Landtagswahlen 2010/2011 blieben die Piraten immer deutlich unter der 5%-Hürde. In Berlin hingegen deutete sich wenige Wochen vor der Wahl an, dass sie die Hürde überspringen könnte. Etwa drei Wochen vor dem Wahltermin wurde der Einzug der Piraten zu einem Thema der Medien mit den dazu gehörenden Spekulationen über Auswirkungen auf etwaige Koalitionsmöglichkeiten anderer Parteien. Schließlich erreichten die Piraten in ihrem Gründungsland, fast genau fünf Jahre nach der Parteigründung, 8,9% und die Stufe 3 im Niedermayer'schen Modell. In Umfragen für die Bundestagswahl rangiert sie seitdem deutlich über der Sperrklausel. Nach den derzeitigen Umfragerwertungen würde ihr Einzug in den Bundestag eine Mehrheit für SPD und Grüne verhindern. Allerdings stellt sich angesichts der inneren Struktur der Piratenpartei die Frage, ob sich der Berliner Wahlerfolg nicht primär den spezifischen Arbeitsweisen („Crewkonzept“) und politischen Forderungen des Berliner Landesverbandes in einer besonderen politischen Konstellation verdankt, die nicht auf die Bundespartei übertragbar sind.

2. Zur kulturellen Identität der Piraten und der kulturellen Gemeinschaft mit ihrer Wählerschaft

Die Piraten sind nicht als Programmpartei entstanden. Ihre Dynamik erschließt sich nicht über ihre Forderungen. Alle Parteien haben einen inneren Kern, der ihre Mitglieder zusammenführt, der sich nur vordergründig an bestimmten Inhalten oder Forderungen festmachen lässt. SPD und CDU/CSU haben ihre Wurzeln in sozial-moralischen Milieus, Lebensweisen, ideologischen und kulturellen Werten der sozialistischen Arbeiterbewegung bzw. der christlichen Soziallehre unter den Bedingungen der „Industriegesellschaft“. Die Grünen speisen sich aus der Kultur der „Bewegungsmilieus“ der siebziger und achtziger Jahre Westdeutschlands. Die Piraten sind ein Geschöpf kultureller Gemeinschaften aus dem Internet, ein politischer Versuch, mit der Kultur der *digital natives* das politische System für bestimmte Konfliktfelder zu sensibilisieren und zugleich das Verhältnis von Politik und Bürger zu reformieren.

Die Piraten seien, sagt Alexander Hensel⁷, politisches Ziehkind bzw. politischer Bezugspunkt für eine Reihe von Subkulturen, die seit den 80er Jahren, vor allem aber in den 90er Jahren im Internet entstanden sind, die erste Partei, die aus der Sozialisation mit dem Internet, mit seiner Aneignung nicht nur als Instrument, sondern als Lebensweise, hervorgegangen sei. Die digitale Kommunikationstechnologie bilde eigene Kreise, Gemeinschaften und Kulturen des Umgangs, des Verhaltens, des Habitus, der Werte heraus. Träger diese Subkulturen seien Angehörige der Generationen der nach 1970 Geborenen. Hierzu zählten etwa die Science-fiction-Kultur, die Rollen-Spiele-Kultur, die Hacker des Chaos Computer Clubs. Am Ende von Piraten-Parteitagen werde auch schon mal „Counter-Strike“ gespielt: um dieses online-Spiel herum sei die erste kooperative virtuelle Gemeinschaft auf nicht monetärer Basis entstanden. Zur kulturellen Identität zählten auch die open source und open access Gemeinschaften. Insgesamt repräsentierten die Piraten neue kulturelle Figuren, die über lange Zeit ausgegrenzt wurden: Nerds, Freaks, Rollen-Spieler. Der kulturelle Untergrund sei jetzt „in der Mitte angekommen“, es gebe ein wechselseitiges Wiedererkennen in kulturellen Codes, die von den Piraten verwendet werden.

⁶ Alexander Hensel, Piraten im Parlament, 19.09.2011 auf www.deokratie-goettingen.de/blog/piraten-im-parlament.

⁷ Diese These wird von verschiedenen Autoren vertreten. Im Folgenden gebe ich die Befunde wieder, die Alexander Hensel vom Göttinger Institut für Demokratieforschung am 30. November 2011 im Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin vorstellte. Sie sind demnächst in einer Publikation unter dem Titel „Die Piratenpartei – Die erfolgreiche Kaperfahrt der digitalen Freibeuter“ nachzulesen - <http://www.demokratie-goettingen.de/mitarbeiter/studentische-hilfskrafte/alexander-hensel/>

Diese „kulturelle Identität“ ist zugleich heterogen: in politischer Hinsicht, in sozialer Hinsicht. Sie führt Menschen aus unterschiedlichen politischen Lagern zusammen. Was sie eint, ist der Wandel der Arbeit und die alltägliche Nutzung des Internet. Eine intensive und authentische Nutzung des Internet verbindet sich mit Organisationsprinzipien wie Transparenz, Partizipation und Egalität.

„Im Berufsleben etwa werden immer mehr eigenständige Kommunikations- und Organisationskompetenzen verlangt. Öffentliches Kommunizieren und kollektives Gestalten, in welcher Form auch immer, ist für gut-gebildete, junge Mittelschicht, die irgendwo, zwischen Prekariat und erfolgreichem Kleinunternehmertum pendelt, tägliches Handeln.“⁸

Die Piraten als *digital natives* kommen aus dem Internet, der Welt der digitalen Medien, sie sind dort zu Hause, mit den Neuen Medien groß geworden, ihr Verhältnis zur digitalen Kommunikation ist nicht instrumentell und bemüht, sondern authentisch.

„Die Welt der Generation Internet, wenn man dieses Label brauchen will, ist eine der flexiblen Organisationsformen und der kontinuierlichen, kommunikativen Pflege dieser Formen, sei es auf der privaten Ebene via Facebook, auf der professionellen Ebene via LinkedIn oder in sonstigen Foren, Netzwerken und Veranstaltungen, in denen der Kontext für das eigene Handeln hergestellt wird. Durch diese Kontinuität entsteht Involviertheit, Teilhabe und Identifikation.“⁹

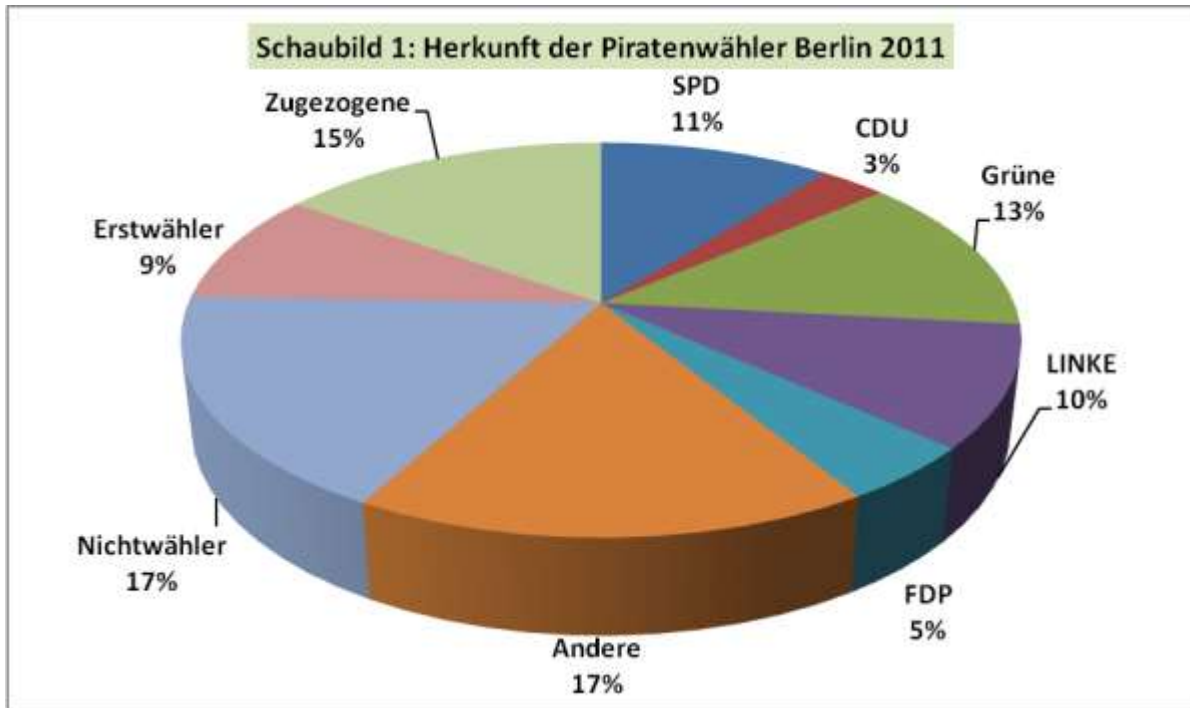
Der Strategie des Berliner Wirtschaftssenators Harald Wolf, Berlin zur Hauptstadt der *creative industries* zu machen, kommt so durchaus eine Hebammen-Rolle für den Wahlerfolg der Piraten in Berlin zu... Es wäre jedoch ein Missverständnis, die Piraten als „Internetpartei“ zu betrachten. Thema des Internets, sagen sie selbst, ist nicht das Internet.

3. Die Berliner Wählerschaft der Piraten 2011

In Berlin erhielten die Piraten rund 131.000 Stimmen. 58% kamen von konkurrierenden Parteien. Das größte Kontingent (17%) kam von den früheren Wählern nicht im Abgeordnetenhaus vertretener Parteien, gefolgt von ehemaligen Grünen-Wählern und SPD-Wählern. Die viertgrößte Gruppe (10%) an Parteiwechslern kam von der LINKEN, mit deutlichem Abstand folgen dann frühere FDP und CDU-Wähler. Es lassen sich drei Gruppen ausmachen: Wähler_innen, die schon früher „Außenseiter“-Parteien gewählt haben; Wähler aus dem Mitte-links-reformerischen Spektrum SPD-Grüne LINKE, die zusammen die weitem größte Gruppe bilden; und eine kleine Gruppe Wähler_innen aus dem liberal-konservativem Spektrum.

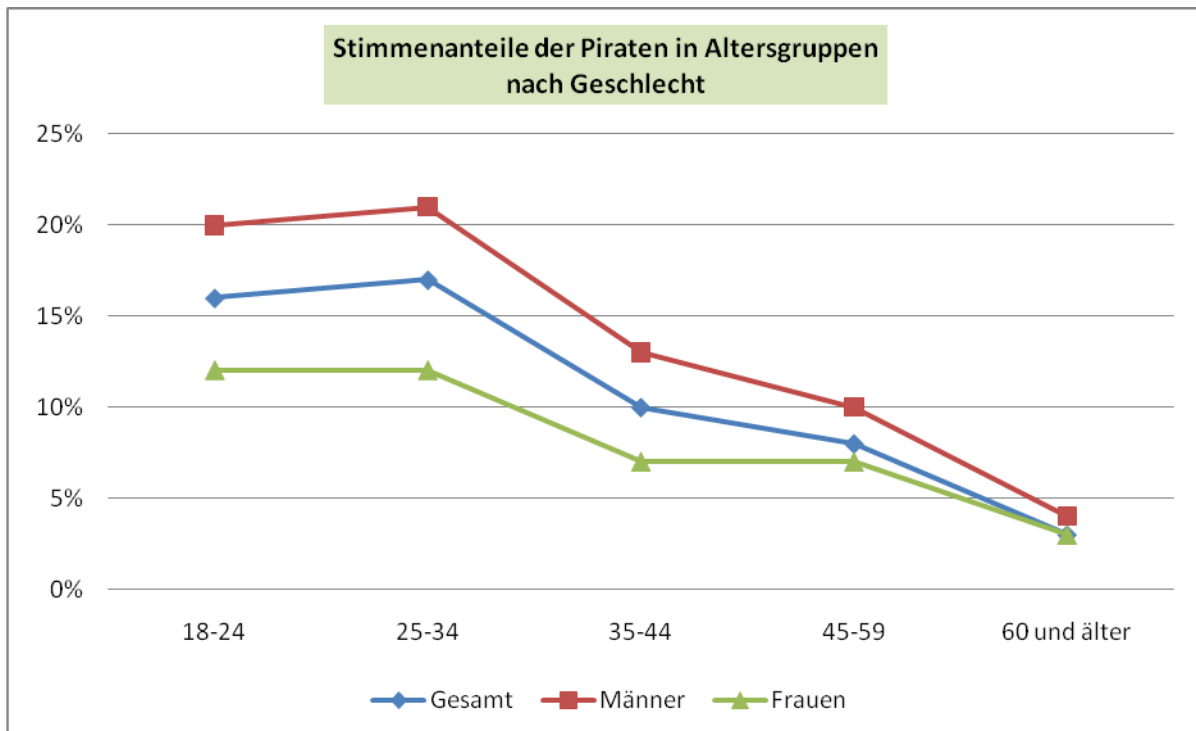
⁸ Felix Stadler, Demokratie jenseits der Repräsentation; in: ak – analyse und kritik – Nr. 565, 21.10.2011, S. 3.

⁹ Stadler, a.a.O.



h.kahrs 2011 – Zahlen nach Infratest dimap.

42% der Piratenwähler_innen hatten bei der vergangenen Wahl aus unterschiedlichen Gründen nicht teilgenommen. 17% waren Nichtwähler. 2 von 5 Stimmen für die Piraten kamen von Parteien, die im Abgeordnetenhaus vertreten waren; 3 von 5 Stimmen kamen von Personen, die zuvor nicht im Parlament repräsentiert waren. Die Alterskurve der Piratenwählerschaft bildet fast das genaue Gegenstück zur Alterskurve der LINKE-Wählerschaft.



h.kahrs 2011 – Zahlen nach Infratest dimap.

Überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielten die Piraten bei Personen mit hohem Bildungsabschluss (10%). Ebenfalls über dem Durchschnitt lagen die Anteile bei Arbeitern (11%) und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern (14%), bei Angestellten (10%), bei Selbständigen (14%) und bei

Arbeitslosen (13%). Diese Zahlen lassen vermuten, dass die Piraten über ihre ursprüngliche kulturelle Gemeinschaft hinaus bei jüngeren Wähler_innen eine große Anziehungskraft besaßen.

Was die Wählerschaft der Piraten letztlich motiviert hat, lässt sich aus den Wahlbefragungen angesichts der heterogenen Zusammensetzung kaum herausfiltern.¹⁰ Neben bestimmten Themen dürfte es vor allem ein übergreifender „Protest“ gegen den etablierten Politikmodus gewesen sein.

„Die Piraten sprechen einfach so mit ihren Wählern, wie das normale Menschen im Alltag auch tun. Damit heben sie sich von der Dauerinszenierung der Politik ab.“¹¹

Das Ausmaß des Berliner Erfolges hätte also weniger mit der Enttäuschung über einzelne Parteien und viel mehr mit Protest gegen die Inszenierung von Politik durch Kommunikationsprofis zu tun. Alle Parteien hätten dann in der Debatte um das Verhältnis von Internet und Politik die Bedeutung des Zugangs zu Informationen überschätzt und die des Zugangs zu Menschen unterschätzt.

„Das Internet verheißt eine nie gekannte, digitale Nähe zwischen allen und jedem. (...) Die deutsche Politik hat das erahnt und umgehend auf dieses neue, digital geprägte Bedürfnis nach Nähe reagiert. Und zwar mit den ihr vertrauten Mitteln des 20. Jahrhunderts. (...) Als Ergebnis lässt die deutsche Politik mehr oder weniger sachkundige Kommunikationsagenturen digitale Nähe simulieren (mit dankenswerten Ausnahmen in allen Parteien). (...) Umgekehrt ist bei der Piratenpartei die digitale Nähe zum Bürger, jedenfalls zum vernetzten Bürger, die Regel. Der Erfolg der Piraten beruht weniger auf dem Internet, sondern viel mehr darauf, was man mit dem Internet machen kann: direkte Verbindungen herstellen. Dieser Erfolg besteht deshalb vor allem aus dem Problem der anderen Parteien. Und das ist ein Problem der Ansprache – und damit der Sprache selbst.“¹²

Während alle anderen Parteien nach „Kompetenz“ und „Professionalität“ streben, geraten sie immer tiefer in den Fachjargon und die Sprache der Politik, die in die Verständlichkeitskrise führt. Die Piraten scheuen hingegen Unprofessionalität nicht:

„‘Davon habe ich keine Ahnung, aber ich werde mich einarbeiten.’ Dieser Satz ist in einem Alltagsgespräch das Ehrlichste und Konstruktivste, was man in der entsprechenden Situation sagen kann. Politisch ist er außerhalb der Piratenpartei kaum vorstellbar. Denn die Sprache der Politik hat bekannter Weise mit dem Alltag nichts mehr zu tun, sondern ist zur Inszenierung geronnen, die kampfaktisch funktionieren soll: als Schutz gegen die Angriffe anderer Parteien und der Medien sowie als Durchhalteparole für die eigenen Truppen.“¹³

Der Protest der Piratenwähler richtete sich dann „gegen die ritualisierte Künstlichkeit einer Politik, deren Kommunikation sich in den Augen vieler Bürger reduziert hat auf Talkshows, fernsehtaugliche Hauptsätze und Pressemitteilungen, die zu den nichtssagendsten Schriftstücken seit Entdeckung des Voynich-Manuskripts gehören“¹⁴, also Protest gegen den etablierten Politikstil und den Wirklichkeitsverlust der etablierten Politik. Die Parteien werden ihren Kommunikationsstil, ihre politische Sprache gründlich ändern müssen, wenn sie zukünftig „netzauffine“ Milieus erreichen wollen. Im Netz gibt es immer einen Kommentator, der sich besser auskennt. Eingeständenes Unwissen wirkt sympathischer und zuletzt auch kompetenter als entlarvtes Unwissen.

¹⁰ Alexander Hensel war unmittelbar nach der Wahl sicher: „Es handelt sich einerseits um liberal orientierte junge Menschen mit modernem Lebensstil, die jedoch finanziell (noch) nicht abgesichert sind. Sie fühlen sich vermutlich von den Forderungen nach frei zugänglichen Gemeingütern im Bereich Bildung, Kultur, Freizeit und Nahverkehr angesprochen. Andererseits kam die von der staatstragenden Haltung der etablierten linken Berliner Parteien enttäuschte linke Wählerschaft von SPD, Grünen und Linken dazu. Diese fühlen sich vermutlich von der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen sowie durch ihren oppositionellen und kreativen Habitus der Piraten angesprochen.“ (Piraten im Parlament, 19.9.2011, a.a.O.) So kann es gewesen sein. Ich folge im Weiteren der These, dass sich hinter dem Wahlerfolg der Piraten ein weitergehender Bruch zwischen bestimmten Wählerschichten und dem etablierten Parteiensystem verbirgt. Das kann falsch sein. Hensels Vermutung trifft auf jeden Fall das Entwicklungspotential der Piraten. Darauf kommt der Text am Ende zurück..

¹¹ Sascha Lobo, Wo der Piratenschatz liegt; www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,787354,00.html, 21.09.2011

¹² Ebd.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

Was sich in Berlin als Wahlerfolg der Piraten äußert, findet andernorts wie in Israel, Spanien oder den USA als neue Protestbewegung statt, der von den etablierten Parteien, auch von links, gerne ihre politische Ungerichtheit, das Fehlen gemeinsamer politischer Ziele vorgehalten wird. Womöglich steht aber auch am Anfang der Protest gegen ein etabliertes Parteien- und Politiksystem, das über die Dinge, die wirklich wichtig sind im Leben, nicht mehr verständlich, also gar nicht spricht.

Ob dieser Protest gegen die Sprachlosigkeit der politischen Parteien den Piraten eine dauerhafte parlamentarische Existenz ermöglicht, ist natürlich offen. Deshalb ist es interessant, einen Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Konfliktfelder zu werfen, auf denen – jenseits des Protestes – die Themen der Piraten gedeihen, und zu überlegen, welche Antriebskräfte für eine dauerhafte Existenz darin liegen könnten.

Für alle anderen Parteien folgt daraus, wenn sie Wähler zurückgewinnen und die Abwanderung weiterer Wähler eindämmen wollen: Zuhören und Sprechen lernen.

4. Zu den politischen Konfliktfeldern der Piraten

Die politische Haltung und die Politik der Piraten entwickeln sich vor allem auf drei Konfliktfeldern:

- a) Die Utopie einer freien Wissensordnung
- b) Bürgerrechte
- c) Demokratie

Demokratie

Demokratisierung der Demokratie heißt für die Piraten vor allem Kritik der Postdemokratie, wie sie von Colin Crouch beschrieben wurde: Entleerung der demokratischen Verfahren um ihre inhaltliche Substanz zu einer bloßen Hülle, die die faktische Refeudalisierung der Macht umschleiert. Nicht das demokratische System, sondern seine momentane Verfassung ist das Problem: Es handelt sich nicht um eine Krise der Demokratie, sondern um eine Krise der Repräsentation. Das jenseits aller Thematik „viel wesentlichere Projekt“ der Piraten ist daher: „die Entwicklung neuer Formen der politischen Teilhabe als Antwort auf die schwelende Krise der repräsentativen Demokratie“¹⁵. Die Forderung nach Transparenz steht so nicht nur für die Kontrolle der Staatsapparat, sondern auch für die Aneignung der Daten, die für eigene Interventionen notwendig sind. Neben Forderungen nach mehr direkter Demokratie und unkonventionellen Beteiligungsformen steht die technologische Unterstützung von Beteiligungsprozessen im Mittelpunkt. Hierzu zählen bekannte Stichworte wie *open data* und *open governance*. Wichtiger noch sind die eigenen Arbeiten am Projekt *liquid democracy* bzw. *liquid feedback*. Hierbei handelt es sich um eine experimentelle Beteiligungssoftware, die die Festlegung von Forderungen und Positionen für einen breiten, auch außerparteilichen Beteiligungsprozess öffnen will. Der Kerngedanke hierbei ist die Implementierung des Prinzips der Delegation des Stimmrechts und der „gewichteten Stimme“. Jede und jeder soll über den Grad seiner Informiertheit und seiner Beteiligung jeweils neu und selbst entscheiden. Übertragen auf das demokratische System führt dies zur Aufhebung des Zwangs, die Stimme einem oder einer Kandidatin/Kandidaten oder einer Partei zu geben, wenn man nur mit einem Teil des Programms einverstanden ist.

„Dies soll der Entwicklung Rechnung tragen, dass die Gesellschaft nicht mehr durch relativ kohärente Großmilieus (Arbeiterschicht, Bürgertum etc.), die umfassende Lebensentwürfe bereitstellen, geprägt ist, sondern durch die Zersplitterung und Patchwork-Ideologien. Die zweite Form der Flexibilisierung betrifft den Grad der Delegation. Man kann eine Stimme jederzeit zurücknehmen oder einem anderen übertragen – oder sie selbst wahrnehmen. In diesem System ist es nun eine Frage

¹⁵ Stadler, a.a.O.

*des individuellen Interesses, ob man sich, wie bisher, einfach von einer Person/Partei in allen Fragen vertreten lässt und alle vier Jahre einmal zur Urne geht, oder man sich viel stärker involviert.*¹⁶

Die moderne Technologie aneignen und gestalten, um eine alte libertär-liberale Gesellschaftsauffassung in einem „Konzept des direkten Parlamentarismus“ zu verwirklichen:

*„Die Piraten vertreten (...) die Auffassung, dass die Selbststeuerung sozialer Systeme in einer Weise erfolgen soll, in der die Interessen des einzelnen am besten zur Geltung kommen.“*¹⁷

Die Piraten stellen damit zwei Grundsätze des gegenwärtigen Parteiensystems in Frage: das Modell, in dem Parteien gemeinsame Interessen ganzer Bevölkerungsschichten repräsentieren; und das Modell „identitärer Organisation, die die Vielfalt der politischen Handlungsfelder unter ein einheitliches Programm möglichst widerspruchsfrei integrieren soll“:

*„Die Mitglieder der Piratenpartei zeigen sich überzeugt, dass die Vielfalt von Meinungen und die netzwerkartige wechselseitige Beobachtung anderer Positionen das bessere Mittel zur Erarbeitung politischer Strategien ist.“*¹⁸:

Paetau glaubt, sogar von einer „Partei neuen Typs“ sprechen zu können. Einiges spricht dafür, dass die Piraten unzufriedene Wähler nicht nur angezogen haben, weil sie eine neue Partei sind, sondern auch weil sie eine andere Partei sind, die von den etablierten Parteien nur um den Preis der Aufgabe ihres bisherigen organisatorischen Selbstverständnisses (Programmatische Identität, Hierarchie, machtpolitische Verengung von Information und Kommunikation) nachgeahmt werden könnte.

Spannend wird sein, ob es den Piraten unter der öffentlichen Aufmerksamkeit tatsächlich gelingt, den enormen Arbeitsaufwand solcher Verfahren zu bewältigen und Offenheit und Transparenz durchzuhalten.

Entscheidend wird dann sein, ob es gelingt, die gegebenen kulturellen Grenzen zu überwinden. Denn die Stärke der Piraten, aus einer spezifischen kulturellen Gemeinschaft zu kommen, ist zugleich die Schwäche technologisch gestützter Beteiligung und Demokratisierung:

*„Solche Systeme und die darin encodierten Regeln, Verhaltensweisen und Sprachstile sind selbst kulturelle Produkte, und als solche haben sie die Tendenz, diejenigen auszuschließen, die diese Kultur nicht teilen.“*¹⁹

Bürgerrechte

Gegen staatliche Überwachung und Repression in einer digitalisierten gesellschaftlichen Kommunikation die informationelle Integrität und Selbstbestimmung zu wahren, ist das zweite zentrale Konfliktfeld der Piraten (Hensel). Ausgangspunkt ist das mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz ausgeformte Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung. Diese Traditionslinie wird in Deutschland vor allem von der Hackerbewegung (Chaos Computer Club) ins neue Jahrtausend getragen und erhält durch die Auseinandersetzung um Internet-Zensur einen neuen Aufschwung. Hinzukommen der Kampf gegen Vorratsdatenspeicherung, Elektronischen Entgelt-nachweis u.a.m. Unter dem Anliegen „Wahrung bürgerlicher Freiheitsrechte“ verbergen sich dabei unterschiedliche Positionen. Wenn nahezu jede Bewegung jedes Einzelnen irgendwie aufgezeichnet werde, erscheine ein sinnvoller Datenschutz zunehmend aussichtslos. Unter den Bedingungen moderner Kommunikationstechnik sei es auch widersprüchlich, einen starken Datenschutz einzuklagen und zugleich für größtmögliche Transparenz einzutreten.

¹⁶ Stadler, a.a.O.

¹⁷ Michael Paetau: Parlament geentert, Piraten an Bord; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2011, S. 11-14, S. 14.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Stadler, a.a.O.

„Vielmehr stelle sich die Frage, wie ein Leben aussehe, dass sich nicht mehr auf den geschützten privaten Raum verlässt. Bürgerrechtler entgegnen, dass es sehr wohl einen Unterschied mache, ob Daten die persönliche Lebensführung eines Menschen oder staatliche und damit prinzipiell öffentliche Abläufe abbilden. Die Forderung nach einem „gläsernen Staat“ schließe daher die Forderung nach der informationellen Selbstbestimmung nicht aus – im Gegenteil.“²⁰

Gegenwärtig stellen die „Post-Privacy“-Vertreter die Minderheit in der Partei. Dass und wie dieser Konflikt weiter ausgetragen wird, wird entscheidender für die weitere Entwicklung der Partei sein als sein Ausgang. Denn es handelt sich um eine grundlegende Frage des gesellschaftlichen Wandels, auf die die Piraten nach eigenem Verständnis eigentlich gar keine abschließende Antwort geben können.

Freie Wissensordnung – eine neue gesellschaftspolitische Utopie?

Open source, open access, free culture, Freiheit des Wissens – das sind zentrale Begriffe einer „neuen“ Ordnung im Internet, die zum Markenzeichen der Piraten geworden sind. Die schwedische Parteigründung geht auf das Verbot der „Tausch“-plattform *PrivateBay* zurück. Bedeutsam ist, dass die Stichworte, wie Alexander Hensel darlegt, eine „eigene Welt der Theorie“ und eine „eigene Welt der Praxis“ bezeichnen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Aneignungsbedingungen. Zentrale politische Konflikte werden entlang von Fragen des Urheber- und Patentrechts geführt.

Die Position der Piraten ist nicht homogen. Es gibt diejenigen, die vor allem die „Freiheit der Produktionsbedingungen“ betonen: veränderte gesellschaftliche Formen der Produktion und des Zugangs zu Wissen erforderten freien Zugang zu Netzwerken, Selbstorganisation, aber am Grundgedanken des Copyrights, der monetären Gratifikation wird festgehalten. Die andere Position beruft sich auf das Prinzip des „freien Wissens“ als gemeinsames Erbe der Menschheit und bezieht auch das Produkt der Arbeit ein, lehnt also „geistiges Eigentum“, Copyright oder eigentumsförmigen Softwarepatenten ab. Produkte kreativer Arbeit werden als *creative commons* begriffen.

Damit rückt das vielleicht spannendste Konfliktfeld, auf dem die Piraten operieren, in den Blickpunkt, der „Kommunismus 3.0“²¹. Weitgehend bzw. oftmals unbemerkt von der Linken, findet international seit den 80er Jahren, mit dem Aufkommen des Internet, ein Kampf um die Landnahme im Bereich des Wissens statt, den Michael Paetau²² zu Recht in einen großen historischen Zusammenhang stellt, wenn er auf die Verwandlung der „commons“ bzw. der „Allmende“ in privaten Großgrundbesitz im England des 18. Jahrhunderts hinweist. Mit dem Wandel der Besitz- und Eigentumsverhältnisse wandelte sich die gesamte Lebensweise.

„Sozialbeziehungen aller Art wurden nun in einem Ausmaß durch die Logik des Marktes bestimmt, wie es vorher nicht der Fall war. Die Marktlogik erstreckte sich alsbald auch auf diejenigen sozialen Beziehungen, die sich zuvor am Prinzip der Gemeinschaftlichkeit orientiert hatten. Da sich der Kapitalismus durchsetzte, blieben die vereinzelt Abwehrkämpfe gegen die Zerstörung der Commons weitgehend erfolglos. Zugleich aber mündeten sie in eine Bewegung, die die Vision von einer auf Unterdrückung und Ausbeutung freien Gesellschaft verfolgt.“²³

Tatsächlich ist durch die Landnahmen großer Konzerne wie Microsoft, Google, Apple im Bereich des Wissens und der Kultur für die zukünftige Entwicklung der gesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse die zentrale Frage, *„ob sich im Bereich des Wissens die proprietäre, kommerzielle Verwertung oder die Idee einer freien gemeinschaftlichen Verfügung von Wissen durchsetzen wird“* (Paetau). Die Piratenpartei entstand und entfaltete ihre Wirkung an dieser zentralen Konfliktlinie mit einer

²⁰ Paetau, a.a.O., S. 13

²¹ Horst Kahrs, Halbzeit für Schwarz-Gelb, Disput, Oktober 2011.

²² Paetau, a.a.O., S. 11 unter Verweis auf James Boyle, *The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain*, 2003.

²³ Ebd. mit anschließendem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest und Verweis auf einen aktuellen „Remix“: Eben Moglen, *The dotCommunist Manifesto*, <http://emoglen.law.columbia.edu>

starken Orientierung am Gemeinschaftsgedanken. Ob sie dabei eher die Rolle der Maschinenstürmer oder historischen Freibeuter spielen oder zum Träger einer neuen gesellschaftspolitischen Utopie werden wird, lässt sich derzeit nicht entscheiden. Für die Offenheit der weiteren Entwicklung spricht die Anschlussfähigkeit des Grundgedankens der commons, der Allmende, des Gemeinschaftsgedankens oder auch des Teilens von Wissen und Produkten (*shareware*).

5. Der Gemeinschaftsgedanke als Drehtür in die „reale“ Welt?

Im Gemeinschaftsgedanken sind zwei wesentliche Grundprinzipien des Piratenlebens aufgehoben: der Gedanke der freien Netzwerkbildung, der freien Vergemeinschaftung in dieser oder jener Gruppe, Forum usw., und der der Gedanke der Gemeingüter, derjenigen Güter, die allen gemeinsam sind/sein sollten. In Bereichen wie Bildung und Wissen, Genetik und Biologie (Saatgut) oder öffentlicher Infrastruktur (Wasser, Energie) haben die Piraten ihre organische „Anschlussfähigkeit“ an politische Auseinandersetzungen und Bewegungen bereits gezeigt. Im Berliner Wahlkampf spielten dann andere „commons“ diese Rolle der Brücke: Einkommen, Wohnen, Verkehr. Mit Grundeinkommen und ticketfreiem Nahverkehr besitzen die Piraten angemessene politische Forderungen, die von der gesellschaftlichen Ordnung die Bereitstellung und den Schutz elementarer Gemeingüter verlangen. Solche commons entsprechen der Sozialisation und der Arbeits- und Lebensweise eines Teils²⁴ derjenigen, die in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts geboren wurden: ein hohes Maß an Flexibilität in Sachen Arbeit, Arbeitszeit und Wohnort erfordert bestimmte basics, eine bestimmte Grundversorgung. Die Forderung nach solchen commons entspringt somit der „Dialektik der Prekarität“: Prekäre Arbeits- und Lebensweisen wurden als Normalfall erlebt, die alte sozialstaatliche Welt der gesicherten Arbeitnehmerrechte, des Erwerbs von Sozialeigentum durch Arbeit, ist eine fremde bzw. ferne, nicht erreichbare Welt geworden. In der Unsicherheit bzw. Flexibilität steckt ein hohes Potential an Autonomie und Selbstbestimmung, aber auch ein hoher Zwang, immer wieder die gleichzeitigen materiellen, sozialen und psychischen Belastungen von Überarbeit, unregelmäßigem Einkommen und entgrenzter Verfügbarkeit zu kompensieren. Soll der fortschreitende Wandel von Arbeitswelt und Lebenswelt ohne dramatisch ansteigende gesellschaftliche (soziale, gesundheitliche) Folgekosten bewältigt werden, muss auf bestimmte Gemeingüter zurückgegriffen werden können. Zu einigermaßen selbstbewussten Patchwork-Identitäten passt ein Grundeinkommen besser als der langjährige Aufbau von sozialstaatlichen Versicherungsansprüchen. Mehr als diese commons will man auch nicht von Staat und Gesellschaft, für den Rest lässt sich selbst gut sorgen.²⁵

Zusammen mit dem liberal-libertären Bild von Individuum und Gesellschaft ergibt sich bei den Piraten eine Verbindung von Liberalismus und Sozialismus bezogen auf die zukünftige digitale Kommunikation mit hoher Anschlussfähigkeit in andere gesellschaftliche Bereiche. Hier wirken sie dann als sozialliberale Kraft im positiven Sinn. Da bei den Piraten Verfahren: Beteiligung, Offenheit, Transparenz, programmatische Identität ersetzen bzw. ausmachen, bieten sie auch sich zum Entern an.

Insofern wird sich zeigen müssen, ob über die Gemeingüter-Vision die kulturellen Grenzen der Beteiligungsformen (s.o.) überwunden werden können. Erst wenn eine dauerhafte Verbindung mit anderen sozialen Milieus und Lebenswelten gelingt, werden die Piraten eine gesellschaftspolitische Kraft werden. So lange haben sie aber durchaus Aussichten, sich als Kleinpartei auf Dauer parlamentarisch zu etablieren – trotz, vielleicht sogar wegen ihrer Heterogenität.

²⁴ Über die Lebenswelt derjenigen, die nach einer Berufsausbildung auf einem normalen Arbeitsplatz angekommen sind, wird mit den folgenden Bemerkungen gar nichts gesagt.

²⁵ DIE LINKE stand mit der Antiprivatisierungskampagne und damit verbundenen Überlegungen zur „Rückgewinnung des Öffentlichen“ 2007/2008 aus einer anderen Richtung ebenfalls an diesem Punkt: eine Neuentdeckung der Gemeingüter als gemeinsamer und zusammenführender Bezugspunkt für eine sozial sehr heterogene Anhängerschaft.

6. Fallstricke des Parlamentarismus und die Chancen politischer Vielfalt

Die Piratenpartei vereint in sich Kräfte unterschiedlicher politischer Herkunft, parteipolitisch von der Union bis zur LINKEN. Vereinzelt mach(t)en auch Nazis mit. Die Landesverbände zeichnen ein hohes Maß an politischer Unterschiedlichkeit aus. Dass mit dem Berliner Landesverband nun einem eher links verorteten Landesverband als erstem der Sprung in die parlamentarische Existenz mag seine Auswirkungen auf dem kommenden Parteitag und die politischen Beschlüsse haben. Entscheidend wird aber sein, ob auch in dieser Boomphase es den Piraten gelingt, ihren anderen Parteicharakter zu wahren. Bereits eine feste Verortung im üblichen Recht-Links-Schema liefe dem Bild entgegen, dass die Piraten als Partei der ständige Versuch praktizierter Demokratie sind: Entscheidend ist das demokratische Verfahren, die demokratische Beteiligung, „Demokratie als Lebensform“ (Oskar Negt).

Mit Blick auf die Gesamtlage im europäischen Parteiensystem gilt: Während in anderen Ländern erfolgreiche Parteigründungen in den letzten beiden Jahrzehnten eher rechtspopulistische oder rechtsradikale Parteien waren, sind in Deutschland binnen zweier Wahlperiode eine linke und eine sozialliberale Parteigründung erfolgreich gewesen.

Ob sich die Piraten auf Dauer im Parlamentarismus etablieren werden? Diese Frage kommt zu früh. Fest steht nur, dass der parlamentarische Alltag ihre Grundsätze der Transparenz, der Offenheit, der Beteiligung, der flexiblen und prekären Vernetzung vor große Bewährungsproben stellen wird. Der „Dilettanten-Vorschuss“ wird ebenfalls schnell verbraucht sein, die öffentliche Beobachtung durch die Medien wird sich verändern, ihr Output wird mit dem üblichen Maßstab für politischen Output gemessen werden und damit ihr Status als andere Partei beständig negiert werden: Am Ende zählt doch, was hinten raus kommt.

„Hier werden sie zunächst einen zähen Kampf gegen formale Auflagen und die Gewohnheiten des politischen Betriebs führen müssen. Damit fordern sie nicht nur politische Partner, sondern auch die Medien zu einem Lernprozess heraus. Denn gemeinhin ist die Öffentlichkeit an eine Politik der glatten Oberfläche und die Optimierungsbemühungen der politischen PR-Planung bemüht. Ungezielte diskursive Suchbewegungen, daraus folgender personeller Zwist oder langwierige Aushandlungsprozesse werden weniger als elementarer Moment demokratischer Politik geschätzt, sondern als Uneinigkeit oder Schwäche dargestellt und skandalisiert. Dies ist für die im Internet weitgehend offen einsehbare Kommunikation der Piraten also durchaus ein Problem.“²⁶

Die weitere Entwicklung der Piraten wird also von einer Art prozessierendem Widerspruch getrieben: Was Mittel und Prinzip der Profilbildung ist, erweist sich auch als Mangel an politischer Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeit: Die Piraten kommen aus den Welten des Internets und stoßen jetzt an die Grenzen der institutionellen politischen Welt.²⁷ Allerdings sollte man sich mit Prognosen über den Ausgang zurückhalten: Wer das Scheitern voraussagt, verkündet auch die Unveränderlichkeit der Spielregeln des politischen Systems, in dem sich viele nicht mehr repräsentiert sehen. Und warum sollte sich auch Geschichte wiederholen?

Die Wirkung der Piraten im Parteienwettbewerb wird in den kommenden zwei Jahren groß bleiben. Nach der derzeitigen Umfragelage würden die Piraten im Bundestag den Platz der FDP einnehmen, als Parlamentspartei, nicht als Regierungspartei. Ihr Einzug würde zugleich die Mehrheit von SPD und Grünen verhindern.

Alle Parteien werden infolgedessen gezwungen sein, sich zu den Piraten zu verhalten. Da hinter den Piraten eine in ihren Grenzen nicht überschaubare kulturelle Gemeinschaft steht, wird es keine harte Ausgrenzungsstrategie sein können, sondern eine positive Reaktion auf die Themen der Piraten sein

²⁶ Hensel, 19.9.2011, a.a.O.

²⁷ So Alexander Hensel in seinem oben erwähnten Vortrag.

müssen: Netzpolitik, Beteiligung, digitale Kommunikation, Sozialstaat, allein schon, um im Bereich der unter 40-jährigen nicht noch mehr Stimmen an die Piraten zu verlieren.

Wie sich die Piraten in harten verteilungspolitischen Auseinandersetzungen positionieren und behaupten werden, kann derzeit nur zurückhaltend und skeptisch beurteilt werden. „Share“ und „Commons“ sind, bei hereinbrechenden Krisenfolgen, womöglich nicht die harte politische Währung, die allein Wähler dann zufrieden stellt. Zu den Schwächen zählt zudem, dass sie die Existenz der Gemeingüter voraussetzen, ihre Produktion (noch) nicht mitdenken.

Neben den eher kurz- und mittelfristigen Perspektiven entscheidet sich die weitere Entwicklung der Piraten an der Frage, ob sie ihre Konfliktfelder und Themen als eigenständige Konflikte behaupten können. Netzpolitik in Gestalt der Bürgerrechte, auch Demokratie, sind gesellschaftliche Konfliktlinien, die die Politikwissenschaft auf der Achse zwischen libertären und autoritären Wertesystemen einordnet. Eigentlich sind diese Pole im deutschen Parteienwettbewerb gut besetzt. Daher konnten die Piraten hier nur erfolgreich sein, weil „die etablierten Parteien es versäumt haben, die digitale Revolution und ihre Probleme rechtzeitig aufzugreifen“²⁸ bzw. diesen Wandel nur unter den Aspekten von Sicherheit („Gefahr! Anleitungen zum Bombenbau!“), bedrohlicher Wandel der Arbeit („Gefahr! Entwertung der Arbeitskraft, Subjektivitätsklau, Selbstausbeutung!“) Spielsucht und Gewaltkriminalität („Gefahr! Unsere Jugend!“) diskutiert haben, also zu erkennen gaben, dass ihnen diese wachsende Kulturwelt reichlich fremd und gleichgültig war. Das führte zur parteipolitischen Ausgrenzung all jener Angehörigen der „deterritorialen Gemeinschaft“, für die Netzpolitik ein entscheidender Faktor für die politische Präferenzbildung ist. Diese Lücke haben die Piraten gefüllt, sie wird als „die einzig legitime politische Vertretung“²⁹ gesehen. Sie werden sie noch eine Weile füllen können, denn die etablierten Parteien können ihre Versäumnisse nicht durch eine rasch geänderte Beschlusslage aufholen. Damit bliebe den Piraten bis auf weiteres die Chance, in jedes Parlament als Interessenvertretung und Kultur-Repräsentantin der netzpolitikaffinen Wählergruppe einzuziehen, aber auch auf diese Rolle beschränkt zu bleiben.

Darüber hinausgehende Entwicklungsmöglichkeiten bestehen gegenwärtig darin, dass unter den Bedingungen einer sich erheblich verschärfenden Krise die Piraten als Partei für andere Themen (Euro-Krise) gekapert werden oder dass sie sich selbst über die Achse *commons* und *share* thematisch und gesellschaftspolitisch nachhaltig verbreitern. Die sozialstaatliche Konfliktlinie, die durch die Pole Markt und Staat, soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung und Marktfreiheit gekennzeichnet ist, ist zwar ebenfalls mit etablierten Parteien besetzt. Aber der rasche sozialstrukturelle Wandel, die Herausbildung unterschiedlicher soziokultureller Lebensweisen, Biografien, Milieus macht eine politische Zusammenführung der sozialen Vielfalt für jede Partei immer komplexer und damit schwieriger. Die sozialstaatlichen Erwartungen und Haltungen sind innerhalb einer Generation und generationenübergreifend viel stärker ausdifferenziert, warum sollte nicht Platz für eine neue Generationenpartei frei bleiben?

Sollte man den Piraten diesen Erfolg wünschen? Nun, zu wünschen für das demokratische System und die Parteiendemokratie wäre auf jeden Fall, dass weitere Freibeuter-Erfolge durch entsprechende Anpassungsleistungen der anderen Parteien nicht notwendig sind.

1. Dezember 2011

²⁸ Niedermayer, a.a.O., S. 851.

²⁹ Ebd.